

Amtliche Bekanntmachungen

Wirtschaftssatzung der Industrie- und Handelskammer Fulda

Geschäftsjahr 2021

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Fulda hat am 8. Dezember 2020 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I, S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Wettbewerbsrecht und für den Bereich der Selbstverwaltungorganisationen der gewerblichen Wirtschaft vom 25. Mai 2020 (BGBl. I, S. 1067) und der Beitragsordnung vom 12. Dezember 2007 folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2021 (01.01.2021 bis 31.12.2021) beschlossen:

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird

1.	im Erfolgsplan	
	mit der Summe der Erträge	4.112.900,00 Euro
	mit der Summe der Aufwendungen in Höhe von	4.423.300,00 Euro
	mit dem geplanten Vortrag in Höhe von	0,00 Euro
	mit dem Saldo der Rücklagenveränderung in Höhe von	310.400,00 Euro
2.	im Finanzplan	
	mit der Summe der Investitionseinzahlungen in Höhe von	0,00 Euro
	mit der Summe der Investitionsauszahlungen in Höhe von	95.100,00 Euro

festgestellt.

II. Beitrag

- Natürliche Personen und Personengesellschaften, die nicht in das Handelsregister eingetragen sind, und eingetragene Vereine, wenn nach Art oder Umfang ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb nicht erforderlich ist, sind vom Beitrag freigestellt, soweit ihr Gewerbeertrag nach dem Gewerbesteuergesetz oder, soweit für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuermessbetrag nicht festgesetzt wird, ihr nach dem Einkommensteuergesetz ermittelter Gewinn aus Gewerbebetrieb 5.200,00 Euro nicht übersteigt.

Nicht im Handelsregister eingetragene natürliche Personen, die ihr Gewerbe nach dem 31.12.2003 angezeigt und in den letzten fünf Wirtschaftsjahren vor ihrer Betrieberöffnung weiter Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbstständiger Arbeit erzielt haben noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt waren sind für das Geschäftsjahr der IHK, in dem die Betrieberöffnung erfolgt, und für das darauf folgende Jahr von der Umlage und vom Grundbeitrag sowie für das dritte und vierte Jahr von der Umlage befreit, wenn ihr Gewerbeertrag hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb 25.000 Euro nicht übersteigt.

- Als Grundbeiträge sind zu erheben von
 - Nichtkaufleute¹
 - mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, bis 25.600 Euro
 - mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb über 25.600 Euro
 - Kaufleute² mit einem Verlust oder mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, bis 35.800 Euro
 - Kaufleute² mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, über 35.800 Euro
- Als Umlagen sind zu erheben 0,25 % des Gewerbeertrages bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage einmal um einen Freibetrag von 15.340 Euro für das Unternehmen zu kürzen.

¹ Nichtkaufleute sind Gewerbetreibende, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert.

² Kaufleute sind Gewerbetreibende, die im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.

- Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Geschäftsjahr 2021. Der Gewerbeertrag wird nach § 7 GewStG unter Berücksichtigung von § 10 a GewStG ermittelt. Falls für das Bemessungsjahr ein Gewerbeertrag nicht festgesetzt worden ist, tritt an die Stelle des Gewerbeertrages der nach dem Einkommen- oder Körperschaftssteuergesetz ermittelte Gewinn aus Gewerbebetrieb.

Bei mehreren Betriebsstätten werden nur die Beiträge berücksichtigt, die nach dem Zerlegungsmaßstab des § 29 Gewerbesteuergesetz auf den IHK-Bezirk entfallen.

- Soweit ein Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb für das Bemessungsjahr nicht bekannt ist, wird eine Vorauszahlung des Grundbeitrages und der Umlage auf der Grundlage des letzten der IHK vorliegenden Gewerbeertrages bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben.

Soweit ein Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb noch nicht bekannt ist, der IHK jedoch Gewerbesteuermessbeträge vorliegen und der letzte Gewerbesteuermessbetrag größer „Euro Null“ ist, kann eine Vorauszahlung des Grundbeitrages und der Umlage auf der Grundlage des Gewerbeertrages erhoben werden, der mit der Formel

- einheitlicher Gewerbesteuermessbetrag für Jahre bis einschließlich 1997: Messbetrag x 0,865 x 20
- Gewerbesteuermessbetrag für Jahre ab 1998: Messbetrag x 20
- Gewerbesteuermessbetrag für Jahre ab 2008: Messbetrag x 28,57142857

aus dem letzten der IHK vorliegenden Gewerbesteuermessbetrag ermittelt wird, erhoben. Dabei sind die einschlägigen Freibeträge zu beachten.

Soweit keine Gewerbesteuermessbeträge größer „Euro Null“ vorliegen, der IHK-Zugehörige jedoch seinen Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb mitgeteilt hat, kann eine Vorauszahlung des Grundbeitrages und der Umlage auf der Grundlage des mitgeteilten Betrages erhoben werden.

Soweit ein Nichtkaufmann die Anfrage der IHK nach der Höhe des Gewerbeertrages bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb nicht beantwortet hat, wird eine Veranlagung nur des Grundbeitrages gemäß Ziffer 2.1 a durchgeführt.

Von den übrigen IHK-Zugehörigen wird eine Vorauszahlung nur des Grundbeitrages nach Ziffer 2.2 dieser Satzung durchgeführt.

Den IHK-Zugehörigen bleibt es vorbehalten, die vorläufige Veranlagung zu berichtigen, falls der Ertrag/Gewinn des Bezugsjahrs eine erhebliche Abweichung erwarten lässt. Die IHK kann die Umlagevorauszahlungen an die voraussichtlichen Umlagen für den Erhebszeitraum anpassen.

Ändert sich die Bemessungsgrundlage nach Erteilung des Beitragsbescheides, so erlässt die IHK einen berichtigten Bescheid. Zuviel gezahlte Beiträge werden erstattet, zu wenig erhobene Beiträge werden nachgefordert. Von einer Nachforderung kann abgesehen werden, wenn die Kosten der Nachforderung in einem Missverhältnis zu dem zufordernden Beitrag stehen.

III. Bewirtschaftungsvermerke

Die Personal- und alle übrigen Aufwendungen werden insgesamt für gegenseitig deckungsfähig erklärt

Die Investitionsausgaben werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt

Die Zinserträge aus den Finanzanlagen können bis zu ihrer tatsächlichen Höhe im Geschäftsjahr in dieser Anlageform/-art angelegt werden.

Kredite

1. Investitionskredite

Für Investitionen können Kredite in Höhe von 400.000 Euro aufgenommen werden.

2. Kassenkredite

Zur Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft dürfen Kassenkredite bis zur Höhe von 0,00 Euro aufgenommen werden.

Diese Wirtschaftssatzung tritt mit der Veröffentlichung in der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Region Fulda“ in Kraft.

Fulda, 8. Dezember 2020

Präsident

Dr. Christian Gebhardt

Hauptgeschäftsführer

Michael Konow